

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 16.06.2016

SR/BeVoSr/345/2016

Gremium	Datum	Behandlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	30.06.2016	Ö
Hauptausschuss	12.09.2016	Ö
Stadtvertretung	26.09.2016	Ö

Verfasser:

FB/Aktenzeichen:

Kommunale Integrationsstrategie

Zielsetzung:

Entwicklung einer kommunalen Strategie zur Integration von geflüchteten Menschen; hier: Zwischenbericht

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den laufenden Prozess zur Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss sowie der Stadtvertretung, sich in den kommenden Sitzungen mit den weiteren Arbeitsergebnissen zu befassen und einen Beschluss zur Umsetzung herbeizuführen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Ralf Weindock am 13.06.2016

Bürgermeister Voß am 15.06.2016

Sachverhalt:

Ausgehend von den Leitlinien der Stadt Ratzeburg zur Aufnahme, Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Ratzeburg, die im Sommer 2015 von der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg einstimmig beschlossen wurden, ist auf Initiative der „Willkommenskultur in Ratzeburg“ zum Jahresbeginn 2016 ein Prozess angestoßen worden, um diese Leitlinien um das

wichtige Themenfeld „Integration“ zu ergänzen. Maßgebliche Intention war dabei, den Fokus auf die notwendigen, nächsten Schritte zu legen, die den Flüchtlingen den Weg von der Aufnahme zu einer gelingenden Integration ebnen können. Daraus ergab sich die Fragestellung, was aus kommunaler Sicht getan werden sollte und getan werden kann, um Flüchtlingen ein eigenständiges, attraktives Leben in Ratzeburg zu ermöglichen.

Um diese Überlegungen strukturiert anzustoßen und dabei auch möglichst umfassend jene Akteure einzubinden, die auf kommunaler Ebene zur Integration einen wichtigen Beitrag leisten könnten, wurde am 09.02.2016 eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Ratssaal durchgeführt. Es wurde eine Expertise des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. mit dem Titel „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“ vorgestellt, die 2015 im Auftrag des Beratungsnetzwerkes Hessen erstellt wurde, und gute Ansatzpunkte für mögliche Arbeitsschwerpunkte liefert, die für eine gelingende Integration besonders bedeutsam erscheinen. Die Expertise gibt zudem auch beachtenswerte Hinweise für die mögliche Ausgestaltung von Integrationsangeboten (s. Anhang).

Ausgehend von dieser Expertise wurden in der Folge sechs Thementische in Kleingruppen unter Beteiligung von kommunalen Experten im Zeitraum vom 09.02. – 31.03.2016 bearbeitet:

- Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe
- Eingliederung in das Bildungssystem
- Eingliederung in Arbeit
- Entwicklung von Netzwerkstrukturen
- Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement
- Partizipation & Eigenverantwortung

Dabei wurde jeweils in einem vergleichbaren Verfahren gearbeitet, dem drei zentrale Fragen zu Grunde lagen:

- 1. Was für Angebote sind vorhanden? (Frage nach Ressourcen und Akteuren)**
- 2. Was ist zu erwarten? (Frage nach zukünftigen Aufgabenstellungen?)**
- 3. Welche Bedarfe ergeben sich daraus? (Frage nach den zu schaffenden Angeboten)**

Lediglich der Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“ wich von diesem Schema ab und arbeitete diskursiv.

Die Beteiligung an den Thementischen zeichnete sich durch eine hohen Sachverstand der Mitwirkenden aus. Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Diakonie, Migrationssozialberatung, Jugendarbeit, Jugendhilfe, Kita, Volkshochschule, Vereinswesen, Jobcenter, Arbeitsagentur, Serviceclubs, ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sowie interessierte Flüchtlinge nahmen sich Zeit, um die einzelnen Arbeitsschwerpunkte ergebnisorientiert zu erörtern. Dabei wurde als Ziel ausgegeben, zunächst nur bis zur Bedarfsermittlung voranzuschreiten und die Projektentwicklung in einem zweiten Schritt anzustoßen. Entgegen dieser Vorgabe wurde in den Diskussionsprozessen an den Tischen jedoch bereits gute Projektideen zusammengetragen und festgehalten.

Die Arbeit an den Thementischen wurde ergänzt um eine nicht repräsentative Umfrage zu den Lebensperspektiven von Flüchtlingen, die in den Sprachkursen der Volkshochschule mit guter Resonanz und Akzeptanz mehrsprachig durchgeführt wurde.

Ebenfalls parallel zur Arbeit an der kommunalen Integrationsstrategie wurde gemeinsam mit dem Amt Lauenburgische Seen ein Antrag beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf Förderung einer sogenannten „Partnerschaft für Demokratie“ (zivilgesellschaftliches Förderinstrument des Bundes) gestellt, aus der heraus mögliche Projektideen, die sich aus einer solchen Integrationsstrategie ergeben, eigenverantwortlich umgesetzt werden können.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlagenverzeichnis:

- Zwischenbericht zur Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie
- Präsentation der Auftaktveranstaltung
- Expertise des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

mitgezeichnet haben:

